

<http://www.frauen.spoe.at/ireds3/page.php?P=33263>

Heinisch-Hosek fordert mehr Rechte für freiwillige Sexarbeiterinnen

Wien (SK) Sie wolle die "Arbeits- und Lebensbedingungen der freiwilligen Sexarbeiterinnen verbessern", schließlich seien diese "in ihren Rechten nicht so abgesichert, wie es wünschenswert wäre", so SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gabriele Heinisch-Hosek Freitagvormittag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Eva van Rahden (Projektleiterin SOPHIE-BildungsRaum für Prostituierte) zum Thema "Mehr Rechte für freiwillige Sexarbeiterinnen!". Sie fordere eine eigene arbeits- und sozialrechtliche Absicherung der freiwilligen Sexarbeiterinnen sowie eine Vereinheitlichung der Ländergesetzgebung im Bereich Sexarbeit, so Heinisch-Hosek. Weiters seien die Beratungs- und Informationszentren auszubauen, so Heinisch-Hosek, die auch für eine "klare Trennung zwischen sexueller Ausbeutung und freiwilliger Sexarbeit" plädierte.

Eine weitere zentrale Forderung sei die Aufhebung der Sittenwidrigkeit, so die SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin, die betonte, dass Sexarbeiterinnen aufgrund der Sittenwidrigkeit weder ein Dienstverhältnis als Sexarbeiterinnen eingehen, noch als selbstständig Tätige ihr Honorar einklagen können. Sie sei hier im Gespräch mit Justizministerin Maria Berger, so Heinisch-Hosek. Angesichts des Umstands, dass 70 - 80 Prozent aller Sexarbeiterinnen in Österreich Migrantinnen sind, gelte es, eine gesetzliche Absicherung für Sexarbeiterinnen mit Migrationshintergrund zu schaffen. Heinisch-Hosek erinnerte hier auch daran, dass ein sofort wirksamer eigener Aufenthaltstitel den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen würde - und so auch einen "deutlichen Rückgang der Notwendigkeit, sich als Sexarbeiterin Geld zu verdienen", mit sich brächte. Sie werde in dieser Angelegenheit "nicht müde werden, Minister Platter an eine Verbesserung der Situation zu erinnern", bekräftigte Heinisch-Hosek.

Sie wünsche sich aber auch die Erstellung relevanten Datenmaterials, schließlich fehlten statistische österreichweite Erhebungen (etwa zur Zahl der legal tätigen freiwilligen Sexarbeiterinnen, Alter, Geschlecht, Nationalität), so Heinisch-Hosek. Um die Sexarbeit zu entstigmatisieren, seien weiters Sensibilisierungs- und bewusstseinsbildende Kampagnen notwendig. Zudem sollten "die Kunden absolut nicht aus der Verantwortung gelassen werden" - so sollten sich die Kunden vergewissern müssen, dass "die jeweilige Sexarbeiterin ihrer Tätigkeit freiwillig und nicht illegal nachgeht und/oder minderjährig ist", so Heinisch-Hoseks Forderung. Es sei "gut, dass eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema Sexarbeit stattfindet" - allerdings sei diese "äußerst sensibel" zu führen, ergänzte die SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin.

Ebenso wie Heinisch-Hosek plädierte auch van Rahden für eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung für freiwillige Sexarbeiterinnen, schließlich sei klar, "dass ab dem Moment, da Sexarbeit als Arbeit gilt, auch über bessere Arbeitsbedingungen gesprochen werden kann".
(Schluss) mb